

DEUTSCHE POLITIK

ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM FRÜHJAHR 1964

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg vom 26. April wurde, weil sie die letzte bedeutende Landtagswahl vor den Bundestagswahlen war (es steht nur noch die Wahl an der Saar aus), vielfach als Testwahl angesehen. Sie hat diejenigen enttäuscht, die etwas voreilig auf eine Ablösung der Stuttgarter CDU/FDP-Koalition gehofft hatten. Es hat nicht einmal das prophezeite Kopf-an-Kopf-Rennen gegeben. Zwar hat die SPD gegenüber der Wahl von 1960 über 300 000 Stimmen hinzugewinnen können. Da die CDU aber über eine halbe Million Stimmen hinzugewann, hat sich der Abstand zwischen der CDU und der SPD vergrößert. Die SPD ist zwar die einzige Partei, die im Vergleich zur Bundestagswahl von 1961 noch einige tausend Stimmen hinzugewonnen hat. Trotzdem erklärte ihr Vorsitzender *Willy Brandt* mit Recht, daß das Wahlergebnis seine Partei nicht befriedige.

Die stärkere Wahlbeteiligung

Man kann das beträchtliche Anwachsen der CDU-Stimmen im Vergleich zur Landtagswahl 1960 auch nicht damit erklären, daß diese Partei auf frühere FDP- und GDP/BHE-Wähler eine stärkere Anziehungskraft ausgeübt habe als die SPD. Die FDP ist zwar prozentual zurückgegangen; an Stimmenzahl aber hat sie gegenüber der Wahl von vor vier Jahren um mehr als 5000 zugenommen. Hier war also für die beiden großen Parteien nicht viel zu holen. Ob die CDU stärker als die SPD vor dem Zusammenschrumpfen der GDP/BHE auf ein Viertel ihres Bestandes von 1960 profitiert hat, läßt sich erst nach einer genauen, die einzelnen Wahlkreise und Orte erfassenden Analyse sagen. Die GDP/BHE-Einbuße von 176 000 Stimmen kann für die Gewinne der CDU und SPD in Höhe von zusammen 820 000 Stimmen jedenfalls nicht entscheidend sein.

Das Hauptreservoir der Stimmengewinne der beiden großen Parteien waren unverkennbar die 670 000 gültigen Stimmen, die diesmal *mehr* abgegeben worden sind als vor vier Jahren. Selbst wenn man einmal annimmt, daß der größere Teil der früheren GDP/BHE-Stimmen der CDU zugefallen ist — wahrscheinlich sogar $\frac{2}{3}$ —, so ergibt sich doch, daß die CDU beträchtlich mehr von der stärkeren Wahlbeteiligung profitiert hat als die SPD (etwa im Verhältnis 60:40). Dies dürfte der entscheidende Punkt sein.

Das Wahlergebnis vor vier Jahren war für die SPD prozentual so gut ausgefallen, weil die Wahlbeteiligung so ungewöhnlich niedrig war (59 vH). Die niedrige Wahlbeteiligung aber war damals im wesentlichen das Produkt der Verärgerung zahlreicher CDU-Wähler über die Schwierigkeiten und die Inaktivität innerhalb der Partei (z. B. Streit *Adenauer/Erhard*). Die Lösung der Kanzlerkrise und das robuste Auftreten Erhards im Wahlkampf haben die damals verärgerten und apathisch gewordenen CDU-Anhänger jetzt wieder an die Wahlurne gebracht (Wahlbeteiligung 67,8 vH). Demgegenüber hat sich die Wahlenthaltungsparole des Vereins „Badener Land“ als unwirksam erwiesen, ja eher das Gegenteil bewirkt.

Persönlichkeitswahl

Die CDU hatte ihren Wahlkampf vorwiegend auf Persönlichkeitskult abgestellt. Auf ihren Wahlplakaten war — außer dem Bundeskanzler — überall Ministerpräsident *Kiesinger* zu sehen, der, einer Umfrage zufolge, der einzige der breiten Öffentlichkeit des Landes bekannte Landespolitiker ist. Die badenwürttembergischen Sozialdemokraten hingegen haben sich nicht dazu entschließen können, rechtzeitig eine entsprechende Persönlichkeit aus ihren Reihen „aufzubauen“ und *Kiesinger* entgegenzustellen.

Die unterlegenen Sozialdemokraten haben die Genugtuung, daß sie diesmal in Schichten eingedrungen sind, die früher in diesem Lande nicht SPD gewählt haben: also Mittelstand und Bevölkerung der kleinen Dörfer. Das mag sie über meist personell bedingte Rückschläge, wie z. B. in Karlsruhe, hinwegtrösten. Der ständige Anstieg an Stimmen und Prozenten für die SPD — auch wenn letzterer diesmal nur zwei vH betrug — mag die CDU bei aller Freude über den eigenen Sieg davon abgehalten haben, maßlos zu werden und die Vorsicht für die nächstjährigen Wahlen aus den Augen zu verlieren.

Die CDU hat 46,2 vH der Stimmen erzielt, und im Landtag fehlen ihr an der absoluten Mehrheit nur zwei Sitze. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, weiter mit den Freien Demokraten zusammen die Regierung zu bilden. Meinungsverschiedenheiten gab es nur darüber, ob die FDP angesichts des Rückganges ihrer Landtagsmandate von 18 auf 14 weiter drei oder nur noch zwei Minister stellen sollte. Der Betroffene wäre der Landesvorsitzende der Partei und bisherige Justizminister und stellvertretende Ministerpräsident *Dr. Haußmann* gewesen, dem es diesmal nicht mehr gelang, in den Landtag zu kommen. Dank der Konzilianz des Ministerpräsidenten *Kiesinger* wurde diese Komplikation vermieden. Die FDP behielt ihre drei Minister im Kabinett.

Im neuen badenwürttembergischen Landtag gibt es nur noch drei Parteien. Die GDP/BHE blieb auf der Strecke. Aber obwohl die FDP anteilmäßig von 15,8 auf 13,1 vH zurückgegangen ist, kann man nicht von einer Bestätigung des allgemeinen Trends zum Zweiparteiensystem sprechen, wie dies in diesem Zusammenhang geschehen ist. Dazu verfügen die Freien Demokraten in ihrer Hochburg Baden-Württemberg doch noch über eine zu große Anhängerenschaft.

SPD-Erfolge bei bayerischen Kommunalwahlen

Beachtliche Erfolge hatten die Sozialdemokraten bei den Kommunal-Teilwahlen in dem mehrheitlich immer noch von der CSU beherrschten Bayern an zwei Märzsonntagen aufzuweisen. In Augsburg verlor die CSU den letzten Oberbürgermeisterposten einer bayerischen Großstadt an den SPD-Kandidaten, der 61,5 vH aller Stimmen auf sich vereinigen konnte. Von 20 Berufsbürgermeisterposten, die zu besetzen waren, gingen zehn an die SPD, nur sieben an die CSU. Erstaunlich waren auch die CSU-Niederlagen und SPD-Siege bei der Wahl der Landräte in ländlichen Gebieten, z. B. in Obernburg am Main (Unterfranken), besonders aber in Niederbayern, wo entweder reine SPD-Kandidaten (Landkreis Passau, Grafenau und Mallersdorf) oder Gemeinschaftskandidaten von SPD, Bayernpartei und Freien Wählergemeinschaften (Viechtach, Landau an der Isar) sichere Mehrheiten bis zu 62 vH davontrugen. Hier mischte sich wachsender Überdruß der Bevölkerung mit den bisher herrschenden CSU-Honoratioren mit Anerkennung für die sachliche Arbeit der jungen, vor allem sozialdemokratischen Kommunalpolitiker — ein Prozeß, der bereits vor einigen Jahren mit der Wahl sozialdemokratischer Oberbürgermeister in Regensburg, Straubing und Deggendorf begonnen hat.

Willy Brandt Vorsitzender der SPD

Mit dem Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg Mitte Februar wurde ein Beweis dafür geliefert, wie innerlich diszipliniert diese Partei bei aller Diskussionsfreudigkeit ist. Als Mitte Dezember 1963 der Erste Vorsitzende *Erich Ollenhauer* starb, der durch seine ausgleichende Art die verschiedenen Strömungen und Temperamente in der Partei immer wieder auf einen Nenner zu bringen verstanden hatte, erwarteten Außenstehende einen heftigen Diadochenkampf. Aber nichts von alledem trat ein. Schon wenige Tage danach war man sich in der obersten Spitze über eine Lösung einig, die einen maximalen Kompromiß zwischen persönlichem Ehrgeiz und dem Wohle der Partei darstellte.

Dort, wo es Widerspruch gegen den Inhalt der Vorschläge gab, richtete sich dieser nicht gegen die Person Willy Brandts, sondern gegen die Amterhäufung Regierender Bürgermeister Berlins, Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat der Partei.

Die Stimmzahlen, die in Bad Godesberg auf Brandt und seine beiden Stellvertreter *Fritz Erler* und *Herbert Wehner* entfielen, sind erstaunlich hoch, auch wenn man in Rechnung stellt, daß es jeweils nur *einen* Vorschlag den von Parteivorstand und Parteirat, gab. Besonders die hohe Zahl der auf Herbert Wehner entfallenen Stimmen war für viele eine Überraschung. Vergleicht man sie mit den vor zwei Jahren in Köln für ihn abgegebenen Stimmen, so muß man feststellen, daß die Anerkennung für seine unermüdliche Arbeit und Wachsamkeit im Dienste der Partei sich offenbar gegen den Verdruß über seine oft wirsche und kurz angebundene Art durchgesetzt hat.

Um bestimmte Kombinationen abzubiegen, die an die starken Persönlichkeiten seiner neu gewählten Stellvertreter Erler und Wehner geknüpft werden könnten, hat Willy Brandt besonders darauf hingewiesen, daß er sich nicht pro forma zum Parteivorsitzenden habe wählen lassen. Auf der anderen Seite werden die Stellvertreter, wenn Brandt nicht in kurzem von seinen Ämtern körperlich aufgerieben oder die Interessen Berlins vernachlässigt werden sollen, mehr Gewicht und Befugnisse haben müssen, als dies normalerweise der Fall ist. Die Rede Brandts ließ, z. B. in der Ankündigung, seine Partei werde eine Kampagne gegen die Preissteigerungen entfachen und sie würde den Immobilisten, die den Erfordernissen einer modernen Zeit unbeweglich gegenüberstünden, auf die eingeschlafenen Füße treten, eine Tendenz zu schärferer Abgrenzung gegenüber der CDU/CSU erkennen. In diese Richtung paßte auch der scharfe Vorstoß gegen *Franz Josef Strauß* und gegen dessen Vilshofener Empfehlung an die nonkonformistischen Schriftsteller auszuwandern.

CDU-Parteitag in Hannover

Einen Monat später hielt die Christlich-Demokratische Union ihren regulären Bundesparteitag in Hannover ab. Er war der Auftakt zur nächstjährigen Bundestagswahl. Bundeskanzler *Erhard* schien alle guten Vorsätze einer Politik der Sachlichkeit, die er fünf Monate zuvor mit einem Seitenhieb auf seinen Amtsvorgänger proklamiert hatte, über Bord geworfen zu haben und befleißigte sich den Sozialdemokraten gegenüber einer polemischen Sprache, die sich von der Adenauers kaum unterschied, nur daß Erhard sich dabei mehr auf sein Fachgebiet, die Wirtschaft, beschränkte. Hier werde, so sagte er, der schärfste Angriff gegenüber der Opposition geradezu zu einer nationalen Pflicht.

Erstaunlich war die Frische, mit der Konrad Adenauer, nun der Last seines Staatsamtes ledig, auftrat und attackierte. Das ging freilich nur so lange gut, wie er sich die Opposition aufs Korn nahm. In der Auseinandersetzung mit eigenen Parteifreunden, die ihm widersprachen, besonders mit *Eugen Gerstenmaier*, bestätigte er seinen Altersstarrsinn und sein Unvermögen, den Gedankengängen anderer zu folgen. Lediglich seiner Animosität gegen Erhard ließ er nicht mehr die Zügel schießen, sondern demonstrierte Harmonie und Einheit: „Wir stehen geschlossen hinter Bundeskanzler Erhard. Diejenigen, die etwas anderes gedacht und gehofft haben, haben falsch gedacht und vergebens gehofft.“ Daß der 88jährige nach wie vor die oberste Autorität und der stärkste Mann der Partei ist, wurde nicht nur durch seine Wiederwahl zum Ersten Vorsitzenden bekräftigt. Demgegenüber blieb der 1962 mit beträchtlichen Vorschußlorbeeren zum Geschäftsführenden Vorsitzenden gewählte frühere Innenminister von Nordrhein-Westfalen, *Hermann Josef Dufhues*, bemerkenswert farblos. Nicht nur, daß seiner parteiorganisatorischen Arbeit der erhoffte Erfolg versagt blieb — er konnte von ganzen 17 634 neuen Mitgliedern als Ergebnis einer Werbekampagne berichten —, es gelang ihm auch nicht, zu den Delegierten des Parteitages den rechten Kontakt zu bekommen, so wie etwa Adenauer oder auch nur der als Begrüßungsredner auftretende CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß.

Unsicher war bis zu den Vorstandswahlen das Parteischicksal *Theodor Blanks*. Der hartnäckige und aufbrausende Mann gewann zwar die Kampfabstimmung gegen den Kandidaten der Sozialausschüsse, *Katzer*; den Sieg aber verdankt er nicht der positiven Wertung seiner Persönlichkeit, sondern der negativen Einstellung der Mehrheit der Delegierten zu den sozialen Bestrebungen Katzers und seiner Freunde. Hätte Wohnungsbauminister *Lücke* gegen Blank kandidiert, wie es einige ursprünglich wollten, der glücklose Blank hätte eine haushohe Niederlage erlitten.

Organisatorische und personelle Mängel

Dem tiefer blickenden Beobachter konnten trotz aller Bemühungen des Parteitages, Einheit zu demonstrieren und alles auf die Karte der nächstjährigen Wahl zu setzen, nicht die programmatischen, organisatorischen und personellen Mängel verborgen bleiben, unter denen die CDU nach wie vor leidet und zu deren Beseitigung man auch in Hannover keinen Schritt weiter gekommen ist. Die „Prinzipienerklärung“, mit der die CDU — angeregt durch den Erfolg des Godesberger Grundsatzzprogrammes der SPD — sich bereits seit zwei Jahren trägt, konnte in Hannover nicht

verabschiedet werden. Es ist bezeichnend für den Mangel der Partei an geeigneten und bereiten Kräften, daß die Ausarbeitung des Grundsatzprogrammes durch die Überlastung eines einzigen Mannes, des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden *Barzel*, mit anderen Aufgaben, immer wieder verzögert worden ist. Es kam so, wie einer der jungen, reformerischen und vorwärtsdrängenden Männer, der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, Dr. *Kohl*, schon in der Diskussion des ersten Tages angekündigt hatte: „Die Parteireform wird vertagt, wir halten es wie unter der Kanzlerschaft Adenauers: Erhard wird es schon schaffen.“

In diesem Satz dokumentiert sich nicht nur der Mangel an Führungspersönlichkeiten, sondern auch unter der Decke schwebende, tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten. Einer der wenigen, die aus dem grauen Einerlei der Pseudoeinheit von Hannover herausragten, war der Bundestagspräsident *Gerstenmaier*. Er faßte auch heiße Eisen an: die Problematik des C im Namen der Partei, die Notwendigkeit, politische Entscheidungen auf der unteren Ebene vorzubereiten, schließlich das Spannungsverhältnis zwischen CDU und Intellektuellen. Er zeigte eine bestechende Fähigkeit zu formulieren und sachlich zu diskutieren, aber er erhielt nach Blank die wenigsten Stimmen bei den Vorstandswahlen. 100 Delegierte versagten ihm ihre Stimmen, offenbar weil sie ihm seine protestantische Offenheit und seine Widerreden gegen Adenauer übelnahmen.

Differenzen in der Außenpolitik

Der befähigte, aber in Unnade geratene Außenminister *Gerhard Schröder* saß unter den Delegierten seines Landesverbandes und lieferte nur im Außenpolitischen Arbeitskreis einen Diskussionsbeitrag. Das große außenpolitische Referat holte er am 3. April auf der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises seiner Partei in München nach. Es war eine kluge, tapfere und anständige Rede, in der er davor warnte, das Unrecht der Vertreibung von Millionen Ostdeutscher aus ihrer Heimat mit neuem Unrecht zu vergelten, und den Willen zum Ausdruck brachte, ebenso wie mit den Nachbarn im Westen auch mit den östlichen Nachbarn in Frieden zu leben. Er sprach den bemerkenswerten Satz aus: „Wir müssen es ertragen, daß mit diesen (NS-) Prozessen im Ausland die Erinnerung an die Grausamkeiten wieder auflebt und daß unser Ansehen von neuem darunter leidet.“

Diese Rede nahm ein Dr. *Neuwirth* zum Anlaß, um in dem CSU-Organ „Bayern-Kurier“ zu schreiben, Schröder sei „nicht der Repräsentant der Grundhaltung der Mehrheit der Deutschen zu den Fragen der Außenpolitik“, und ihm in einem zweiten Artikel sogar

den Vorwurf zu machen, er bediene sich kommunistischer Terminologie. Der Artikel erregte innerhalb und außerhalb der Unionsparteien beträchtliches Aufsehen. Obwohl *Franz Josef Strauß* bestritt, den Artikel vorher gekannt oder veranlaßt zu haben, war jedem klar, daß er in einem Blatt, dessen Herausgeber Strauß ist, nicht hätte erscheinen können, wenn er nicht dessen eigener Auffassung entspräche. Anzuführen ist, daß Dr. Neuwirth einst „nicht ganz lose Beziehungen“ zum NS-Gauleiter des Sudetengaus, *Konrad Henlein*, hatte und im tschechoslowakischen Parlament vor 1938 Abgeordneter von Henleins Sudeutsche Partei war!

Man weiß, daß Strauß seit längerem Kontakte mit rechtsgerichteten Vertriebenenpolitikern, vor allem mit solchen, die aus dem sudetendeutschen Wittiko-Bund hervorgegangen sind, pflegt und aus der CSU eine große, auch über Bayern hinauswirkende Rechtspartei machen möchte. Dabei scheut er sich nicht, bestimmte nationalistische Ressentiments anzusprechen. Auch seine Begrüßungsansprache vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU enthielt auf Beifall bestimmter Kreise abgestimmte Bemerkungen wie die, daß auch die anderen Schuld an Kriegsverbrechen trügen.

Seit einigen Monaten gibt es keinen Zweifel daran, daß Strauß Schröder abschießen und selbst Außenminister werden möchte, so wie er einst seinen Vorgänger im Verteidigungsministerium, Theodor Blank, abgeschossen hat. Bemerkenswert ist, wie eine Schweizer Zeitung, die Zürcher »Tat«, die Situation sieht. Sie schreibt: „Strauß aber, seit seiner Ausbootung aus der Bundesregierung immer bedenkenloser darauf bedacht, seine Scharte auszuwetzen, geht systematisch darauf aus, einen neuen, gaullistisch eingepferchten deutschen Nationalismus hochzuputschen, weil er davon träumt, durch eine solche Bewegung an die Macht zurückgetragen zu werden.“

Gespräche am Tegernsee

Die „Bayern-Kurier“-Angriffe gegen Schröder war zu grob, der vorgeschobene Artikelverfasser zu suspekt, als daß sie Anklang bei der Mehrheit der Unionsparteien hätte finden können. Selbst ausgesprochene Gegner Schröders und seiner Außenpolitik distanzieren sich von dem Angriff. Bundeskanzler Erhard versicherte dem Außenminister sein volles Vertrauen und nannte den „Bayern-Kurier“-Artikel einen „ungerechtfertigten und unqualifizierten Angriff gegen die Person des Außenministers“. Einen Tag später aber erreichte Strauß mit Hilfe von Barzel, daß Erhard seine Erklärung durch die Verlautbarung, sie sei nicht gegen die CSU und ihren Vorsitzenden Strauß gerichtet gewesen, zu einem erheblichen Teil entwertete. Die ungeklärt gebliebenen

Spannungen zwangen den Bundeskanzler dann, zu Pfingsten Schröder, Strauß und einige andere Politiker aus CDU und CSU zu Besprechungen in sein Landhaus am Tegernsee zu laden.

Es kann nicht im Ernst bestritten werden, daß es in Fragen der Außenpolitik in den Unionsparteien zwei Fraktionen gibt: eine atlantische (auf der Linie Erhard/Schröder) und eine sekundär-gaullistische (Adenauer/Krone/Strauß/Barzel). Diese Spaltung beeinflusst unsere Außenpolitik wesentlich und hemmt, wie schon in den letzten beiden Jahren der Adenauerschen Kanzlerschaft, jede Initiative der Bundesrepublik. Hinzukommen in gesamtdeutschen und Berliner Fragen Bonner Eifersüchteleien auf den Berliner Senat und seinen Chef Willy Brandt.

Die Passierscheinfrage

Die Westberliner haben Ostern nicht, wie Weihnachten und Neujahr, ihre Angehörigen in Ostberlin besuchen dürfen. In Bonn war man, nachdem man die weihnachtliche Regelung gebilligt hatte, im Februar mit einem Mal zu der Ansicht gelangt, man sei mit den Verhandlungen den Ulbrichtschen Bestrebungen um Anerkennung der DDR zu weit entgegengekommen. Willy Brandts Vorschlag, die verantwortlichen Männer der Bundesregierung, des Berliner Senats und der drei Parteien sollten zusammentreten, um sich über eine gemeinsame Konzeption der Deutschland- und Berlin-Politik zu verständigen, bekam in einer amtlichen Stellungnahme der Bundesregierung die Note „widersprüchlich und gefährlich“. Dabei hatte niemand daran gedacht, die Kompetenzen des Bundeskanzlers in der Bestimmung der Richtlinien der Politik in verfassungswidriger Weise zu beschneiden. Der Vorschlag betraf lediglich eine gegenseitige Beratung und Abstimmung. Berlins CDU-Chef *Amrehn* prägte den Satz, im gleichen Maße, in dem versucht werde, durch kleine Regelungen erträgliche Verhältnisse in Berlin zu schaffen, geht auch der Wille verloren, sich für die großen Fragen der deutschen Politik noch kräftig einzusetzen.

Hier besteht die Gefahr, daß aus Furcht vor dem sogenannten „Bilateralismus DDR-Westberlin“, der durch die Passierscheinverhandlungen zwischen einem Westberliner Senatsrat und einem Ostberliner Staatssekretär angeblich stabilisiert zu werden drohte, die unnatürliche Berliner Mauer von unserer Seite her zementiert wird. Nicht gerade förderlich auf das Zustandekommen einer neuen Passierscheinregelung haben zweifellos auch die Ergebnisse von Meinungsbefragungen gewirkt, denen zufolge 75 vH der Bundesbürger die Passierscheinregelung von Weihnachten begrüßen und der Ansicht zuneigen, daß diese in erster Linie ein Verdienst Willy Brandts sei.

Bonner Schwanken um Zeitungsaustausch

Bezeichnend für die amtliche Unentschiedenheit und Inaktivität in der deutschen Frage war auch ein anderer Vorgang: Ende April hatte *Ulbricht* auf einem Kulturkongreß in Bitterfeld erklärt: „Wir wären bereit, einige westdeutsche Zeitungen wie etwa *Die Zeit* oder die *Süddeutsche Zeitung* bei uns zum Verkauf auszulegen, wenn die Garantie dafür gegeben wäre, daß in Westdeutschland das *Neue Deutschland* in gleichem Maße verkauft wird.“ Statt *Ulbricht* sofort beim Wort zu nehmen, winkte Bundespressechef *von Hase* zunächst einmal ab: Die Pressefreiheit sei 1. unteilbar und man dürfe *Ulbricht* nicht gestatten, als Zensor der deutschen Presse aufzutreten. Und 2. sei das *Neue Deutschland* ein Organ der verbotenen KPD (was nicht ganz stimmt!) und dürfe als solches nicht in die Bundesrepublik hereingelassen werden. Man könne nicht extra eine „Lex Neues Deutschland“ machen.

Demgegenüber hat der Bundestagsabgeordnete *Dr. Heinemann* mit Recht darauf hingewiesen, daß das Lesen einer kommunistischen Zeitung bei uns nicht strafbar ist, wohl aber die Verbreitung eines solchen Blattes. Aber auch die Rechtswidrigkeit der Verbreitung entfalle bei amtlicher Erlaubnis. Die Bundesregierung solle entsprechende Verhandlungen über die Treuhandstelle für den Interzonenhandel führen. — Der Vorteil eines solchen Austauschs liegt auf der Hand: eine so trockene und dogmatische Zeitung wie das „Neue Deutschland“ würde in der Bundesrepublik keinen Schaden anrichten können. Auf der anderen Seite wäre es ein großer Fortschritt, wenn auf diese Weise die Deutschen in der Zone den frischen Wind freier Informationen und Meinungen zu spüren bekämen. Die Tatsache, daß nur wenige oder bestimmte westdeutsche Zeitungen drüben zugelassen werden, müßte man in Kauf nehmen, so wie Amerikaner und Engländer es nicht als eine Verletzung ihrer eigenen Pressefreiheit ansehen, daß nur einige ihrer Zeitungen hinter dem Eisernen Vorhang vertrieben werden dürfen. Inzwischen hat man auch bei der Bundesregierung und der CDU eingesehen, wie unklug die ursprüngliche Absage war, aber die amtliche „Prüfung der Rechtslage“ zieht sich sehr lange hin.

Bedenken gegen Rückrufgesetz

Angebracht waren rechtliche Bedenken der Bundesregierung bei einer Novelle zum Paßgesetz. Es ging dabei um das legitime und billigenswerte Bemühen der Bundesregierung, den Protesten Israels Rechnung zu tragen und die deutschen Raketenbauer aus der ägyptischen Kriegsindustrie zurückzuziehen.

Die Novelle sollte der Bundesregierung die rechtliche Handhabe geben, deutsche Staatsbürger aus dem Ausland zurückzurufen, wenn sie durch ihr Verhalten dort erhebliche Belange der Bundesrepublik gefährden. Diese allgemeine Formulierung ist aber auch in der Öffentlichkeit auf beträchtliche Bedenken gestoßen, weil man mit Recht befürchtet, daß sie dazu mißbraucht werden könne, unbequemen Personen den Auslandsaufenthalt unmöglich zu machen.

NS-Verbrechen und NS-Kameraderie

Auch in diesem Berichtsabschnitt ruhte die Vergangenheit nicht. Während der Auschwitz-Prozeß und andere Verfahren fast täglich Grausamkeiten erschreckenden Ausmaßes enthüllten, konnte der durch seine Euthanasie-Tötungen bekannt gewordene Prof. *Heyde-Sawade* Mitte Februar, kurz vor Beginn seines Prozesses, in seiner Zelle im Butzbacher Gefängnis Selbstmord begehen. Einen Tag zuvor war sein auf freiem Fuß befindlicher Mitangeklagter *Tillmann* auf mysteriöse Weise aus einem Kölner Hochhaus zu Tode gestürzt. Ein anderer Angeklagter des gleichen Verfahrens, der Rechtsanwalt *Dr. Bohne*, war bereits im vergangenen Sommer nach Südamerika entkommen. Wieder einmal wurde die Frage nach den geheimen Helfern in der Öffentlichkeit diskutiert.

Das geschah auch, als Ende April der ehemalige SS-Obersturmführer *Zech-Nenntwich* kurz nach seiner Verurteilung zu vier Jahren Zuchthaus wegen Beihilfe zum Mord an Juden aus seiner Zelle in Braunschweig entkommen konnte. Fluchthelfer waren ein Gefängniswärter, der vor 28 Jahren mit *Zech* zusammen im Arbeitsdienst gewesen war, außerdem Gesinnungsgenossen, die ihm ein Auto zur Verfügung stellten und schließlich sogar ein Privatflugzeug besorgten, das ihn in die Schweiz brachte. Eine Woche lang blieb er zunächst verschollen, bis ihn zwei Reporter des „Stern“ nach meisterhafter kriminalistischer Vorbereitung in einem Hotel in Kairo entdeckten. *Zech* zeigte ihnen seinen mit ordnungsmäßigem ägyptischen Visum versehenen Paß. Das Visum war Mitte März, als *Zech* in Untersuchungshaft saß, von Freunden bei der ägyptischen Botschaft in Bonn besorgt worden. Bezeichnend im Falle *Zech-Nenntwich* ist das völlige Versagen der Polizei und anderer Behörden. Man hat nicht nur unterlassen, ihm rechtzeitig den Paß abzunehmen. *Zech-Nenntwich* scheint es auch gelungen zu sein, beizubringen den größten Teil seines auf zweieinhalb Millionen DM bezifferten Vermögens in Sicherheit zu bringen. So kommt es, daß für die 100 000 DM Gerichtskosten, die er dem Staate schuldet, nachträglich nur etwa die Hälfte in Bankkonten und Sachwerten sicher gestellt werden konnte. *Dr. Hans Henrich*